

Antrag an das Studierendenparlament des KIT

Solidarisierung mit den Schüler*innen-Protesten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die verpflichtende Musterung

Das StuPa möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament des KIT solidarisiert sich mit den Protesten von Schüler*innen und jungen Menschen gegen die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht bzw. einer verpflichtenden Musterung.
2. Die Studierendenschaft des KIT lehnt staatlichen Zwang in der Lebensgestaltung junger Menschen ab und fordert die Bundesregierung auf, die Freiheitsrechte der jungen Generation sowie die verfassungsrechtlich garantierte freie Berufswahl (Art. 12 GG) zu achten.
3. Der AStA wird beauftragt, den Kontakt zu den Verantwortlichen der Proteste zu suchen und mit diesen zu entscheiden, wie die Studierendenschaft die Proteste unterstützen kann.

Begründung

1. Unverhältnismäßiger Eingriff in die persönliche Freiheit Eine Wehrpflicht ist ein massiver Eingriff in die individuelle Lebensplanung. Wer einen Dienst leisten möchte, kann dies bereits heute freiwillig tun. Ein Zwang trifft ausschließlich jene, die sich aktiv dagegen entscheiden würden. Es gibt keinen Grund, jungen Menschen, die nach Corona-Isolation und in maroden Schulen bereits enorme Solidarität mit der Gesellschaft geleistet haben, nun ein Jahr ihrer Freiheit zu entziehen.

2. Fehlende gesellschaftliche Akzeptanz unter Betroffenen Repräsentative Umfragen zeigen, dass gerade die betroffene Generation diese Pläne ablehnt. Eine Studie im Auftrag von **Greenpeace** verdeutlicht, dass eine Mehrheit der jungen Menschen (18 bis 24 Jahre) gegen die Wehrpflicht ist. Es ist demokratisch fragwürdig, eine Entscheidung über die Köpfe derer hinweg zu treffen, die die Last allein tragen müssen.

Quelle: [Greenpeace-Umfrage zur Wehrpflicht \(2024\)](#)

3. Soziale Selektion und Verringerung der Bildungsneigung: Laut dem **ifo Institut (2024)** führt die Wiedereinführung der Wehrpflicht dazu, dass sich insgesamt

weniger junge Menschen für ein Studium entscheiden. Es ist davon auszugehen, dass dies insbesondere Personen aus einkommensschwachen Haushalten trifft, da das zusätzliche Jahr den Druck erhöht. Für diese Gruppe wird der direktere Einstieg in den Arbeitsmarkt zur materiellen Notwendigkeit, während ein Studium durch den zeitlichen und finanziellen Verzug unattraktiver wird. Die Wehrpflicht wirkt somit als soziale Barriere, die den Zugang zu akademischer Bildung erschwert.

- **Quelle:** ifo Institut (2024): Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht. [Link zur Studie](#)

4. Sicherheitsrisiko durch rechtsextreme Strukturen Verfassungsschutzberichte und Berichte der Wehrbeauftragten belegen seit Jahren rechtsextreme Strukturen innerhalb der Bundeswehr – und zwar über alle Dienstgrade hinweg. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, ist es unzumutbar, junge Menschen (insbesondere solche mit Migrationshintergrund oder mit politischen Engagement) in diese Strukturen zu zwingen.

- **Quelle:** [BMVg: Extremismusbericht der Bundeswehr \(Sept. 2025\)](#)

5. Betroffenheit der Studierendenschaft des KIT

- **Minderjährige Studierende:** KIT-Studierende beginnen ihr Studium zum Teil schon mit unter 18 Jahren. Diese Gruppe würde durch eine Musterungspflicht unmittelbar in ihrer akademischen Laufbahn gestört.
- **Prävention:** Es ist fahrlässig, zu warten bis die Betroffenen tatsächlich studieren. Es ist eindeutig abzusehen, dass die künftigen Jahrgänge an neuen Erstis davon betroffen sein werden und auch für diese tragen wir Verantwortung. Je früher wir uns als Studierendenschaft positionieren, desto eher kann politischer Einfluss genommen werden.
- **Pädagogische Verantwortung:** Das KIT bildet Lehrkräfte (Lehramt) und Pädagog*innen aus. Die Ausbildung von Lehrkräften/Pädagog*innen am KIT folgt dem Ideal der Erziehung zur Mündigkeit (nach Klafki). Es ist ein eklatanter Widerspruch, wenn das Bildungssystem 12 bis 13 Jahre lang Partizipation, Selbstbestimmung und das Aushandeln von Grenzen lehrt, nur damit der Staat diese mühsam erlernten Werte durch eine Wehrpflicht unmittelbar nach Schulabschluss entwertet.

- Entwertung der pädagogischen Arbeit: Wenn junge Menschen die Erfahrung machen, dass ihre grundlegenden Lebensentscheidungen durch staatlichen Zwang übergegangen werden, untergräbt dies das Vertrauen in demokratische Prozesse und in die pädagogischen Institutionen, die sie darauf vorbereitet haben.
- Autorität vs. Partizipation: Für angehende Lehrkräfte am KIT stellt sich die Sinnfrage: Warum Autonomie und Selbstwirksamkeit fördern, wenn die erste "reale" Erfahrung der Schüler*innen nach der Schule die Unterordnung in eine autoritäre Zwangshierarchie ist?